

GDBA: Deutliche Stärkung des Eisenbahn-Bundesamtes gefordert

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und Transnet fordern vom Bundesverkehrsminister aufgrund von zusätzlichen Aufgaben die Ausbringung weiterer Planstellen für das EBA, aber auch für die anderen nachgeordneten Behörden im Bereich des Bundesverkehrsministeriums.

Sowohl GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel wie auch Transnet-Vorstand Martin Burkert bestehen darauf: „Im Haushalt 2011 muss die personelle Stärkung des EBA erfolgen. Denn aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen wird gerade das EBA mehr Aufgaben erhalten. Dies muss sich auch in der Personaldichte widerspiegeln.“ Insbesondere auf dem Gebiet des ERTMS/ETCS sowie bei der Lärmkartierung und bei den Kontroll- und Abnahmeprüfungen ist dann verstärkt mehr Personal erforderlich, so die beiden Gewerkschafter.

Bundesverkehrsminister beim Wort nehmen

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und Transnet nehmen den Bundesverkehrsminister beim Wort, der mitgeteilt hat: „Die Verpflichtung, die vorrangige Funktion des EBA als Sicher-

heitsbehörde für die Eisenbahnen des Bundes durch ausreichendes und qualifiziertes Personal zu gewährleisten, hat höchste Priorität.“

Die beiden Gewerkschaften hatten dem Minister bereits vorgeschlagen, den Bundeshaushalt 2010 dafür zu nutzen und den Personalbestand entsprechend aufzustocken. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und Transnet erkennen ausdrücklich an, dass beim EBA inzwischen 72 von 87 beantragten Planstellen genehmigt wurden. Dies reicht aber nicht aus. Für die anstehenden, insbesondere zusätzlichen Aufgaben sowie die Planungen zur Bildung einer Grundsatzabteilung mit integriertem Forschungsbereich braucht das EBA qualifiziertes Personal.

Transnet-Vorstand Martin Burkert erörterte gemeinsam mit dem EBA-Präsidenten Hörster und dem zuständigen parlamentarischen Staatssekretär die Personalentwicklung im EBA in einem Fachgespräch im Deutschen Bundestag.

Auch mit Blick auf die angespannte Haushaltslage und zur Vermeidung etwaiger Kürzungen im öffentlichen Dienst fordern die Verkehrsgewerkschaft GDBA und Transnet weiterhin eine bessere personelle Ausstattung und auch eine sachgerechte Bewertung der Funktionen. Diese sind Voraussetzung dafür, dass insbesondere wichtige Aufgaben für die Sicherheit der Eisenbahnen im erforderlichen Umfang wahrgenommen werden können. j.m.



Die zuständige Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Cornelia Rogall-Grothe, hat die Notwendigkeit des Berufsbeamtentums für das Gemeinwesen hervorgehoben.

In ihrer Ansprache vom 7. Mai 2010 auf dem Bundesvertretertag des Verbandes der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden e.V. in Potsdam betonte die Staatssekretärin, dass die Bundesverwaltung gut gerüstet sei, um ihren Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zu leisten. Durch die Arbeit der Bundesministerien werde das Gemeinwesen zusammengehalten und gestärkt. Als Staatssekretärin erlebe sie jeden Tag, wie sehr sie bei ihrer Arbeit von den Beschäftigten unterstützt werde. Staatliches Handeln habe sich stets an der

Arbeit der Bundesverwaltung stärkt das Gemeinwesen

Verfassung und dem Gemeinwohl zu orientieren. Hierfür trügen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine hohe Verantwortung.

Die Beschäftigten der Bundesverwaltung erfüllen ihre Aufgaben unparteiisch, gerecht und zum Wohle der Allgemeinheit. Staatssekretärin Rogall-Grothe erinnerte daran, dass Verwaltungshandeln immer wieder eine Rückbesinnung auf die demokratischen und rechtsstaatlichen Werte sowie auf parteipolitische Neutralität erfordere, um in Zeiten von Veränderungen nicht die Grundlage zu verlieren.

Das Beamtenverhältnis sei mit der persönlichen Bindung an den Staat auf der einen und der

Unabhängigkeit des Beamten auf der anderen Seite so ausgestaltet, dass dem Gemeinwohl der Amtsführung der Vorrang eingeräumt werde. Das gelte zu jeder Zeit und unter allen politischen und gesellschaftlichen Umständen. Diesen hohen Ansprüchen würde man ohne das Berufsbeamtentum nicht gerecht.

Die Staatssekretärin hob hervor, dass zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben eine Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen unbedingt erforderlich sei. Veränderungen dürften nicht als Bedrohung empfunden werden, sondern als eine Aufgabe, die man mit Neugier und Kreativität angehen kann.